Für aktive Friedenspolitik

Konflikte lassen sich am besten dann lösen, wenn man es schafft, sich in das Denken und Fühlen der Gegenseite zu versetzen. Sonst droht - in persönlichen Beziehungen genauso wie zwischen Staaten - eine Eskalation bis hin zur Gewalt. Versuchen wir also einen Wechsel der Perspektive bei den aktuellen Spannungen um die Ukraine.

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion hatte Außenminister Dietrich Genscher Russland Sicherheitsgarantien gegeben, um die Angst vor einem erstarkten vereinten Deutschland in der NATO zu nehmen: "Wir (mit US-Außenminister Baker) waren uns einig, dass nicht die Absicht besteht, das Nato-Verteidigungsgebiet auszudehnen nach Osten. Das gilt übrigens nicht nur in Bezug auf die DDR, die wir nicht einverleiben wollen, sondern das gilt ganz generell." Wie wir wissen, hat diese Zusage nicht lang gehalten. Bald darauf reichte die EU und die NATO bis an die russische Grenze und das Schwarze Meer: Russland sah sich betrogen. Als die NATO 2008 auch noch Georgien und der Ukraine die Mitgliedschaft in Aussicht stellte, fühlte sich Russland vollends umzingelt und bedroht.

Ob im Bundestag, bei der Münchner Sicherheitskonferenz oder in Interviews mit westlichen Zeitungen: Immer wieder plädierte der russische Präsident Wladimir Putin für gemeinsame Sicherheitstrukturen in Europa - ohne Erfolg. Allein in den letzten drei Jahren hielt der Westen bzw. die NATO über 25 Militärmanöver meist in der Nähe der russischen Grenze ab, oft unter Beteiligung der Ukraine. Wäre es vorstellbar, dass Russland vor Kuba oder an der mexikanischen Grenze Militärübungen abhält?

Laut Friedensforschungsinstitut SIPRI übersteigen die Militärausgaben der NATO die Russlands um das 16fache. Der nukleare Abrüstungsvertrag INF wurde von den USA gekündigt. Und kann man Vertrauen zum westlichen Bündnis haben, wenn man weiß, dass NATO-Staaten immer wieder Angriffskriege ohne UN-Mandat geführt haben? Das westliche Militärbündnis ist keine Friedensmacht und Kriege werden nicht für Menschenrechte und Demokratie geführt, sondern für wirtschaftliche und strategische Interessen - gerade auch mit Blick auf Russland, wie Zbigniew Brzezinski, der Sicherheitsberater verschiedener US-Präsidenten, in aller Klarheit bekannt hat.

Die russische Politik bietet genug Anlässe für Kritik. Aber ein Wechsel der Perspektiven lässt uns vorsichtiger mit Schuldzuweisungen und Drohungen verfahren. Ist es nicht nachvollziebar, dass der russische Präsident von der NATO ein Ende der Osterweiterung fordert, die Stationierung von bedrohlichen Waffensystemen in unmittelbarer Nähe ablehnt und verlässliche und langfristige Sicherheitsgarantien verlangt? Vernünftige Politik sollte darauf drängen, dass die Ukraine die Minsker Vereinbarungen, an deren Ausarbeitung Deutschland beteiligt war, einhält. Wir sollten legitime Sicherheitsinteressen Russlands anerkennen. Und Deutschland sollte statt Aufrüstung für globale Militärinterventionen eine aktive Friedenspolitik betreiben.

Georg Rammer
Karlsruhe-Mühlburg